

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telex: 886846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Willi Piecyk und Gert Börsen MdL zu den Zielsetzungen der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein: Nach Reformschub jetzt Reformverstärkung.

Seite 1

Dokumentation

Daniel Goeudevert, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Volkswagen-Werke, sprach auf einer SPD-Veranstaltung zum 30. Januar 1993: Lebenschancen für alle nur durch Teilen möglich. Wortlaut

Seite 4

48. Jahrgang / 22

2. Februar 1993

Nach Reformschub jetzt Reformverstärkung
Zu den Zielsetzungen der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein

Von Willi Piecyk
SPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein und
Gert Börsen MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im schleswig-holsteinischen Landtag

Das wahlfreie Jahr 1993 wird für die schleswig-holsteinische SPD ein Jahr der Sammlung der Kräfte und der Vorbereitung auf die für uns wichtige Kommunalwahl, die immer wichtigere Europawahl und die entscheidende Bundestagswahl 1994. Der Wechsel in Bonn ist nötiger denn je: Drängende Probleme wie die Pflegeversicherung und der Aufbau in Ostdeutschland werden mit schlimmen Folgen ausgesessen; das Chaos in der Haushalts- und Finanzpolitik der Bundesregierung hat fatale Folgen für die Bundesländer und Kommunen in Deutschland.

Verbitterung im Osten, Unsicherheit im Westen Deutschlands - und die Regierung in Bonn verweigert einen wirklichen Sozialpakt. Unsere Gesellschaft braucht einen neuen Aufbruch, eine neue Politik für soziale Gerechtigkeit. Denn wer soziale Gerechtigkeit gering achtet, riskiert unsere Demokratie und spielt Rechtsextremen in die Hände.

Die schleswig-holsteinische SPD wird soziale Gerechtigkeit zum Hauptthema in diesem Jahr machen. Wir wissen, daß dabei auch an manchem Tabu gerüttelt werden muß. Diskussionsfreudig und innovativ werden wir es tun. Nichthandeln, Unwahrhaftigkeiten und Fehler der Bonner Koalition haben ein in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einmaliges Ausmaß an Politikverdrossenheit hervorgerufen. Ausbaden müssen diese Situation alle demokratischen Parteien. Die SPD setzt gegen Politikverdrossenheit, Orientierungslosigkeit und Ängste eine sozial gerechte Politik, entschlossenes Handeln, Problemlösungen und Reformpolitik.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit wertvollen Rückgaben
Kündigung: Postnet



In Schleswig-Holstein führen wir mit Ministerpräsident Björn Engholm an der Spitze unsere Reformpolitik für das Land fort. Nach der gewonnenen Landtagswahl haben wir den Übergang von einer untypisch großen auf eine knappe, aber absolute Mehrheit erfolgreich vollzogen. Die Regierung Engholm arbeitet gut, die Fraktion ist bei einer Einstimmen-Mehrheit geschlossen und solidarisch, die Partei stützt die Landespolitik und besinnt sich auf ihre programmatische Rolle.

Die Landespartei hat im 2. Halbjahr neue inhaltliche Arbeitsschwerpunkte aufgenommen. Wir arbeiten an der Reform der Partei, um für politisch engagierte Menschen attraktiver zu werden, ohne diese in parteibürokratische Abläufe zwingen zu wollen. Die Ergebnisse der "Arbeitsgruppe Parteireform" werden wir im Frühjahr vorstellen. Die SPD in Schleswig-Holstein wird sich wieder stärker als Programm-Partei, als Ort der Reformdiskussion etablieren. Wir wollen die Ansprechpartner für kritische und reformorientierte Menschen in Schleswig-Holstein bleiben. Die SPD wird weiterhin Platz für unkonventionelles Denken und politisches Arbeiten bieten.

Die drei thematischen Schwerpunkte für 1993 sind:

- o Soziale Gerechtigkeit.
Wir wollen das vom Bundesparteitag beschlossene Sofortprogramm ausfüllen und fortentwickeln. Insbesondere werden wir die Diskussionen um ein Grundeinkommen und um eine Stärkung des Prinzips der solidarischen Subsidiarität forcieren. Der von uns für nötig erachtete Umbau des Sozialstaats hat unter anderem zum Ziel, Hilfe zur Selbsthilfe als Element staatlicher Sozialpolitik zu stärken.
- o Außen- und Sicherheitspolitik.
Wir wollen auf der Grundlage des Konzeptes der "Bahr-Kommission" die Diskussion um die zukünftige Rolle Deutschlands in der Völkergemeinschaft fortsetzen und mit dem Landesparteitag einen programmatischen Vorstoß in der Bundespartei einleiten.
- o Bildungspolitik.
Wir wollen die teilweise verkrustete Debatte um eine zukunftsorientierte Bildungspolitik voranbringen. Mittelpunkt unserer Arbeit sind "Innere Reform und Fortentwicklung des Bildungssystems" und "Bildungsökonomie".

Innere Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung bleiben ein weiteres wichtiges Thema. Wir stehen für den politischen Ausgleich des Schutzes der bürgerlichen Freiheitsrechte und einer wirksamen Strafverfolgung. Polizei und Strafrecht können auf unsere Unterstützung setzen, den großen Lauschangriff im Vorfeld von Straftaten wird es aus rechtsstaatlichen Gründen mit uns jedoch nicht geben.

Gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien und mit gesellschaftlichen Gruppen wollen wir die Initiativen des Anstands gegen Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und speziell die DVU fortsetzen. Unser Ziel ist zu verhindern, daß die Rechtsextremen 1994 auch nur in ein einziges Rathaus einziehen werden. Anstand und im konkreten Fall Courage sind eine Aufgabe aller Menschen in Schleswig-Holstein.

Die SPD-Fraktion im Kieler Landtag hat im Jahr 1992 die schwierige Wegstrecke von der übergroßen parlamentarischen Mehrheit zur Ein-Stimmenmehrheit mit Erfolg und ohne Abstimmungsniederlagen vollzogen. Für die SPD im Landtag hat unter den finanzpolitischen Bedingungen der neuen Legislaturperiode nach einer Zeit des überfälligen Reformschubs jetzt eine Phase der Reformverfestigung begonnen. Die Zusammenarbeit in der Fraktion und zwischen der Fraktion und der Regierung verläuft reibungslos und solidarisch.

Das politische Klima im Landtag ist geprägt vom gemeinsamen Willen aller demokratischen Parteien, den Rechtsextremismus zu bekämpfen. In wichtigen Fragen gibt es immer wieder gemeinsame Initiativen der SPD mit den Parteien der Opposition und dem SSW. Die Bewährungsprobe für konstruktive Oppositionspolitik kommt in 1993, wenn schmerzhaft Haushaltskürzungen beschlossen werden müssen, aber zum Beispiel auch, wenn nach der gemeinsamen Asylpolitik Maßnahmen zur politischen Integration von Ausländern in unsere Gesellschaft gefordert sind.

1993 wollen wir beweisen, daß leere Kassen nicht das Ende von Reformpolitik bedeuten, sondern die Konzentration auf Schwerpunkte und die Verstärkung begonnener Projekte. Dies gilt zum Beispiel für das Angebot an Gesamtschulen, für die Elektrifizierung der Bahn und die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs, für den Ausbau der Fachhochschulen und die Technische Fakultät an der Universität, für das ISt-Institut.

Hauptaufgabe wird es sein, das übergeordnete politische Ziel sozialer Gerechtigkeit bei allen notwendigen Haushaltskürzungen zu berücksichtigen und dieses Ziel nach Kräften auch auf Bundesebene zu verwirklichen.

Schwerpunkte unserer Reformpolitik für die Modernisierung und Ökologisierung Schleswig-Holsteins werden dabei sein:

Wohnungsbau, Ausbau des Kindergartenangebotes, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung, Naturschutz.

Der Bau neuer Wohnungen ist vordringlich und muß in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen auch über Kreis- und Stadtgrenzen hinweg weiter vorangetrieben werden. Die Novelle der Landesbauordnung soll bürokratische Regelungen abbauen und soziale Belange berücksichtigen.

Seit 14 Tagen beteiligt sich das Land an den Betriebs- und Personalkosten für die Kindertagesstätten. Mit dem Bund soll über die finanzielle Beteiligung zur Verwirklichung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz verhandelt werden.

Die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit erfordert auch in Zukunft ein landeseigenes Arbeitsförderungsprogramm.

Das geplante Landesnaturschutzgesetz wird gegen alle Widerstände wirtschaftlicher Interessengruppen und der Opposition im Frühjahr verabschiedet werden.

Die Kommunen werden durch die Neuregelung des Finanzausgleichs der allgemeinen Haushaltsentwicklung angepaßt und so mehr Planungssicherheit haben. Der 100-Millionen-DM-Vorwegabzug wird - wie versprochen - 1994 auslaufen.

Die Erhaltung und Sanierung der Theater in Schleswig-Holstein bleibt eine Aufgabe der Städte und Kreise, die vom Land mit jährlich fünf Millionen DM unterstützt werden. Die Verantwortung der "Kommunalen Familie" insgesamt wird durch die Aufnahme der Theatersanierung in den Finanzausgleich unterstrichen.

Der 2. Teil der Reform des Kommunalen Verfassungsrechts (Demokratisierung der Amtsausschüsse, Magistratsverfassung) soll rechtzeitig zur Kommunalwahl auf der Grundlage der Arbeit der Enquete-Kommission verabschiedet werden. Reformprojekte zur effizienteren, wirtschaftlichen und bürgerfreundlichen Kommunalverwaltung ("Tilburger Modell") sollen in Städten und Kreisen gefördert werden.

Die Beratung des Gleichstellungsgesetzes soll in diesem Jahr auf der Grundlage eines Regierungsentwurfes begonnen werden.

Die SPD wird ihren 1988 eingeschlagenen Weg der Drogenpolitik fortsetzen. Im Frühjahr finden die Anhörungen zur Drogenpolitik statt. Mit Interesse erwarten wir die Ergebnisse des "Hamburger Heroinversuches".

Ein eventuell möglicher "nationaler Energiekonsens" zum Ausstieg aus der Atomkraft in einem verbindlich festgelegten Zeitplan ist zu prüfen, wenn die Wiederaufarbeitung beendet, Atommülltransporte drastisch reduziert und veraltete Reaktoren (Brunsbüttel, Stade) sofort stillgelegt werden.

Die Option auf eine Länderneugliederung im norddeutschen Raum - entsprechend eines Vorschlages von Bürgermeister Voscherau - soll in die reformierte Verfassung aufgenommen werden.

Die Einsparbemühungen des Landes treffen alle Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Institutionen und Kommunen. Dies zwingt zu äußerster Sparsamkeit und rückhaltloser Aufgabekritik mit dem Ziel

der Rückführung. Pflichtaufgaben durch Gesetze sollen überprüft und eventuell verlagert oder beschnitten werden.

Parlament und Fraktionen müssen sich gleichfalls den Haushaltskürzungen unterwerfen. Die unangemessene Bevorzugung kleiner Fraktionen kann nicht aufrechterhalten, die Fraktionsmittel insgesamt sollen gekürzt werden. Diese bundesweit einmalige Aktion zur Kürzung der Fraktionskostenzuschüsse um insgesamt circa zehn Prozent soll ein Beispiel setzen.

(-/2. Februar 1993/rs/ks)

DOKUMENTATION

Daniel Goeudevert: Lebenschancen für alle nur durch Teilen möglich

Daniel Goeudevert, Stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Volkswagen-Werke, gab im Rahmen der Podiumsdiskussion "Gegen Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus", die am 30. Januar von der SPD-Bundestagsfraktion im Hessischen Landtag in Wiesbaden veranstaltet wurde, eine Erklärung ab, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Lichterketten haben in eindrucksvoller Weise begonnen, sich über das Land zu spannen. Auf Großorganisationen beobachten wir, wie das Wort von der "schweigenden Mehrheit", die gelähmt auf Hoyerswerda, Rostock und Mölln schaute, Lügen gestraft wird. Der Protest gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt wächst. Diese Veranstaltung ist ein Beispiel dafür. Auch ich, ein Franzose unter Deutschen, wende mich mit Leidenschaft gegen Gewalt und Fremdenhaß. Aber es ist das eine, gegen etwas zu sein; ein anderes ist es, Menschen, die in den Sog dieser bösen Entwicklung geraten sind, wieder zu integrieren. Es ist das eine, zu verbieten und Sanktionen zu verkünden; ein anderes ist es, Lebenschancen und Möglichkeiten des friedvollen Zusammenlebens aufzuzeigen.

Natürlich gibt es auch in einem Unternehmen Verbote und Sanktionen. Ohne die Einhaltung von Normen und Regeln ist ein produktives Zusammenwirken unmöglich. Aber jeder Unternehmensführer, jeder Manager weiß, daß es weit wichtiger ist, daß gemeinsam getragene Ziele ebenso vorhanden sind wie Chancen für den einzelnen, sich in den Arbeitsprozeß einzubringen - ob er nun Deutscher ist oder Ausländer.

Mehr als auf schärfere Gesetze und Sanktionen setze ich auf die Bemühung um Integration. Wenn ich auf den zumeist jugendlichen Boden schaue, aus dem die scheußlichen Blüten der Gewalt und des Fremdenhasses aufgeschossen sind, dann möchte ich hier etwas Neues, etwas anderes einpflanzen. Wenn aber die Walze der Verbote und Ausgrenzungen über diesen noch lockeren Boden geht, dann verdichtet er sich. Druck erzeugt Gegendruck. Wie will man hier noch etwas einpflanzen? Wir müssen uns hüten, junge Menschen denen in die Arme zu treiben, die ihnen die verderbliche Ideologie zu Taten liefern, die Ausdruck eines provozierenden Protestes ohne klare politische Zielrichtung sind. Ich würde mich scheuen, jeden Steinwerfer in Rostock - zumeist sind es noch Kinder! - als "Neonazi" zu bezeichnen. Junge Menschen, die die Hand zum Hitlergruß erheben und sich Siegrunen auf Brust und Oberarm tätowieren lassen - sind das alle Neonazis? Ich behaupte: Sie wissen nicht, was sie tun! Ignatz Bubis hat das in einer überzeugenden Klarheit zum Ausdruck gebracht. Sie protestieren gegen etwas, was wir vielleicht nicht genügend verstehen und wo wir selbst noch keine Abhilfe sehen. Das sind unsere Kinder, groß geworden unter Verhältnissen, die sich oft nur schwer nachvollziehen lassen. Sie wollen Lebenschancen in dieser Gesellschaft und meinen, daß sie ihnen von den Ausländern, die ins Land kommen, genommen werden.

Es ist einfacher, Menschen in die rechte Ecke zu stellen und als Feinde der gesellschaftlichen Ordnung abzustempeln als sich um sie zu bemühen. Aber wir dürfen es uns nicht leicht machen, sondern müssen nach den eigentlichen Wurzeln der Gewalt und des Fremdenhasses fragen.

Wenn die Deutschen aufstehen gegen Gewalt und Fremdenhaß, dann spiegelt dies auch den tiefen Wunsch, nicht wieder im Ausland ein Bild entstehen zu lassen von einem Volk, das Verbrechen zuschaut. Aber machen wir uns nichts vor: Es gibt in Europa kein einziges Land, in dem alle Ausländer, die kommen möchten, willkommen wären. Man unterscheidet sehr wohl zwischen denen, die Geld mitbringen und denen, die nichts haben. Besonders bei denen, die nichts haben, ist die Aufnahmebereitschaft begrenzt. In vielen europäischen Ländern gibt es Gewalt, gibt es Fremdenhaß, Deutschland steht nicht allein.

Deutschland steht auch mit dem Rechtsradikalismus nicht allein. Als Franzose sehe ich neben dem unsäglichen Herrn Schönhuber auch Monsieur LePen und seine Anhängerschaft.

Die eigene Gleichgültigkeit überwinden

Und wir dürfen eines nicht vergessen: Von denen, die "Ausländer raus" schreien, sind viele Kinder des "real existierenden Sozialismus" und eines Staates, der das eigentlich auf Selbstverantwortung bauende Mündigsein behinderte. Das fürchterlichste an der DDR aber war, daß sie den Haß predigte. Jeder, der Haß predigt, ist ein Menschenverächter. Er scheint mir wie ein Rohrstockpädagoge, der ein Verhalten in den Schüler hineinprügeln will. Nicht nur auf dem Hintergrund meiner unternehmerischen Erfahrung ist mir ein solches Vorgehen zuwider, weil es dumm und letztendlich wirkungslos ist. Wir müssen die Menschen für das Zusammenleben in einem demokratischen Gemeinwesen motivieren, wir müssen sie gewinnen.

Es mag paradox klingen, aber wir brauchen "Sympathie", wörtlich als "Mitleiden" verstanden, und Liebe, nicht allein um den Haß der Gewalttäter zu besiegen, sondern auch die eigene Gleichgültigkeit. Der Gleichgültige teilt nicht. Ich glaube aber, daß Lebenschancen für alle nur durch Teilen möglich ist.

Als die Bundesrepublik Deutschland die großen Zahlen der Gastarbeiter ins Land holte, lag die Zahl der Arbeitslosen zeitweilig unter einem Prozent. Volkswagen warb damals in Italien in großen Kampagnen Mitarbeiter an, um genügend Autos bauen zu können. Ausländische Arbeitskräfte: Sie erhielten eine Chance und waren zugleich eine Chance für die deutsche Industrie. Inzwischen sind diese Ausländer integriert. Sie sind zu Kollegen geworden, und ihre Kinder fühlen sich meistens als Deutsche. Ich will nicht sagen, daß die Integration leicht war, auch nicht, daß sie in allen Fällen gelungen ist. Integration heißt auch nicht, daß alle Ausländer zu Deutschen werden. Wir müssen es lernen, in Toleranz zusammenzuleben.

Als Franzose erscheint es mir immer noch als eine Art Wunder, wie Westdeutschland die großen Flüchtlingsströme nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs verkraftet hat, obgleich große Teile der Wirtschaft zerstört waren. Diese Integration gehört zur Erfolgsstory des "Wirtschaftswunders", aber ich habe mir erzählen lassen, daß viele damalige Flüchtlinge aus dem Osten den Integrationsprozeß im Westen in denkbar bitterer Erinnerung haben. Auch hier ging es um Lebenschancen und die Bereitschaft der Besitzenden, mit den Flüchtlingen zu teilen. Manche Flüchtlinge müssen sich als Ausländer im eigenen Volk vorgekommen sein.

Aber das Beispiel der Integration der ostdeutschen Flüchtlinge zeigt auch, daß hier ein fruchtbarer Boden für Innovation, für wirtschaftlichen Aufstieg, für neue Lebenschancen entstand.

Übrigens: Die Deutschen standen mit dem Flüchtlingsproblem nach dem Zweiten Weltkrieg nicht allein. Als Frankreich seine Stellung als Kolonialmacht verlor, erlebten wir einen Zustrom von Flüchtlingen und Menschen aus den Ländern, die einmal unter französischer Oberherrschaft standen. Viele der neuen Bürger gehörten anderen Kulturen an. Ich brauche Ihnen nicht zu erzählen, wie wir damit fertiggeworden (oder nicht fertiggeworden) sind. Multikulturelles Zusammenleben ist ein ständiger Lernprozeß.

Wir stehen heute vor zwei Herausforderungen, denen wir begegnen müssen. Da ist einmal die wachsende Zahl von Menschen in Europa, die die Zukunft nicht im Sinne vielfältiger Chancen begreifen, sondern als Bedrohung ihrer Existenz. Dies ist umso mehr der Fall, wenn sich die wirtschaftlichen Aussichten verschlechtern. Es ist nicht allein eine politische Aufgabe, sondern auch eine solche der Wirtschaft, die Leistungsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern, um möglichst vielen Menschen Lebenschancen zu geben. Aber neben diese innen- oder wirtschaftspolitische Herausforderung tritt eine außenpolitische von gleicher Bedeutung. Es gilt, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in jenen Ländern stabilisieren zu helfen, aus denen Flüchtlinge zu uns strömen. Dieses Problem löst man nicht dadurch, daß man die Grenzen dicht macht. Wie leicht kann der Druck der Not alle Dämme brechen! Und diejenigen, die zu uns kommen, dürfen wir nicht ausgrenzen oder durch eine Minderheit vertreiben lassen. Hier warten gewaltige Aufgaben auf uns alle.

Durch das Vorbild der Gesellschaft überzeugen

Das Phänomen der Fremdenfeindlichkeit ist ein Phänomen der Randgruppen und der Ausgestoßenen. Die Mitmenschlichkeit der Gesellschaft darf nicht geteilt werden. Sei muß beiden Gruppen, Tätern wie Opfern, ermöglichen, an ihrem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben. Ausländer müssen die berechenbare Möglichkeit haben, vor Verfolgung geschützt zu sein, arbeiten zu können und sogar Deutsche zu werden. Die jugendlichen Randalierer müssen zwar unmittelbar und spürbar bestraft werden, sie müssen aber auch Arbeitsstellen erhalten, müssen sozial integriert und durch das Vorbild der Gesellschaft überzeugt werden. Ich glaube, besonders an den Vorbildern fehlt es noch.

Ich kann nur hoffen, daß der Einigkeit gegen Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus auch eine Einigkeit über die Wege in die Zukunft entspricht. Es genügt nicht, tolerant gegenüber Fremden zu sein. Toleranz bedeutet eigentlich nur, daß ich den anderen in seinem So-Sein anerkenne und für sein Recht eintrete, anders als ich zu sein. Und ich erwarte, daß er sich mir gegenüber ebenso verhält.

Aber wir müssen mehr als nur tolerant sein. Wir müssen zu einer Partnerschaft finden. Partnerschaft bedeutet, daß die Partner ein gemeinsames, ihre eigenen, vielleicht unterschiedlichen Interessen überwältigendes Ziel haben. Erst dieses gemeinsame Ziel und die gegenseitige Anerkennung macht sie zu Partnern. Es genügt nicht, daß Ausländer bei uns leben. Wir müssen zusammen mit ihnen leben, was sehr viel mehr ist! Wo man Partnerschaft lernt? Das fängt in der Familie an, im Umgang mit den Ehepartnern und den Kindern, sollte sich in der Schule und der Lehre und dem Beruf fortsetzen. Partner zu sein ist eine Fähigkeit, die man nicht nur lernen kann, sondern die man auch mit Ausländern einüben muß. Partnerschaft hat etwas damit zu tun, von sich selbst absehen zu können - dann kommen andere in den Blick!

Jeder, der sich mit Gewalt und Fremdenhaß, mit Rassismus und Rechtsextremismus auseinandersetzt, kommt notwendigerweise auf die wohlbekanntesten Probleme des Zusammenlebens von Menschen in einer freiheitlichen Gesellschaft. Niemals ist uns in Europa so deutlich geworden wie heute, was das Zusammenleben im eigenen Land und auf diesem Planeten bedeutet. Heute schützt uns kein Eisener Vorhang mehr vor den Problemen der osteuropäischen Länder. Und deren Probleme - wie auch die der sogenannten Entwicklungsländer - verwandelten sich leicht in Flüchtlingsströme, die wir schon aus moralischen, aus christlichen Gründen nicht mit Waffengewalt außer Landes halten können.

Diese Botschaft und die Notwendigkeit des Teilens ist deutlicher als bisher hervorzuheben. Unser Ziel muß es sein, in Europa mit Menschen unterschiedlicher Herkunft ein Zusammenleben zu gestalten. Lassen Sie uns daher, jeder für sich, versuchen, dieses vorzuleben, denn wir können von anderen nur fordern, was wir selbst bereit sind zu tun.

(-/2. Februar 1993/rs/ks)
